

„Sozialismus und liberale Marktgläubigkeit sind passé“

Deutscher Bundestag, 7. Oktober 2008

"Der Sozialismus und liberale Marktgläubigkeit sind passé", zog Röttgen eine vorläufige Bilanz. Die Krise zeige, dass die soziale Marktwirtschaft aktueller sei als je zuvor. Das System des sozialen Ausgleichs, das sich in unserem Land bewährt habe, könne sich weltweit durchsetzen, sagte der CDU-Politiker. Die Krise biete die Chance für die Rückkehr der Politik in die Gestaltung der Globalisierung. Dies sei eine Aufgabe für Europa. Die europäische Stimme für eine gerechte Ordnung der Weltwirtschaft müsse zukünftig stärker werden, forderte Röttgen.

Dr. Norbert Röttgen (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In einem bin ich mir ganz sicher: Das, was die Bürgerinnen und Bürger von uns als ihren Politikern in dieser ernsten Lage des Landes ganz sicher nicht erwarten, ist, dass wir uns in politischer Rechthaberei und im Austragen kleinkarierter parteipolitischer Streitigkeiten ergehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Leider haben wir das hier überwiegend demonstriert.

Die zentralen Begriffe dieser Debatte sind „**Vertrauen**“ und „**Verantwortung**“. Ich glaube, dass das Anforderungen sind, die die Bürger an uns adressieren. Sie erwarten nicht, dass wir nur Anforderungen an die Wirtschaft stellen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Weil das so ist, möchte ich folgende Fragen stellen, die zum Thema gehören: Wie können wir die Krisenbewältigung, die stattfindet, den Bürgern gegenüber rechtfertigen? Was findet warum statt? Was sind die Lehren, die wir, die Politik, aus dieser Krise ziehen? Diese Kapitel liegen in unserer originären politischen Verantwortung, zu der wir uns äußern müssen und an der wir gemessen werden.

Zur **Krisenbewältigung**. Ich glaube, dass dies das Gebot der Stunde ist. Es geht nicht um Schuldsuche in der Vergangenheit, sondern darum, Gefahren abzuwehren. Natürlich müssen wir uns den Bürgern gegenüber rechtfertigen, wenn sie uns fragen: Wie kommt ihr dazu, auf

einmal in so großen Dimensionen, auch wenn es nur Sicherheiten sind und kein Bargeld fließt, Institute zu stützen? Das muss gerechtfertigt werden. Darum möchte ich unterstreichen: Es geht bei dieser Krisenbewältigung nicht darum, ein einzelnes Unternehmen zu retten; es geht nicht um einzelne Banken und Institute. Es geht überhaupt nicht um private Interessen, sondern um die Funktionsfähigkeit und Stabilität des Finanzmarktes insgesamt. Es geht um unsere Volkswirtschaft.

Es war kein geringerer als Friedhelm Hengsbach, der vor Kurzem darauf hingewiesen hat, dass „die Stabilität der monetären Sphäre sowie das Bankensystem ein öffentliches Gut“ seien. Ich möchte es sogar zuspitzen: Hier steht das **Gemeinwohl** zur Debatte. Darum ist es die Aufgabe des Staates, das Gemeinwohl zu gewährleisten; denn der Schaden für die Bürger wäre dramatisch, wenn wir nicht handeln würden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Darum geht es: nicht um private Interessen, sondern um Interessen des öffentlichen Gemeinwohls. Es geht darum, dass durch politische Aktion, durch staatliches Handeln dieser Koalition und der Politik, das Vertrauen ersetzt wird, das die Marktakteure zerstört haben. Das ist eine schwierige, ungekannte Herausforderung. Ich möchte für die Koalitionsfraktionen hier ausdrücklich betonen: Die Regierung und die Koalition haben geschlossen und besonnen gehandelt und zugleich entschlossen agiert, in ständiger Kooperation und Absprache mit dem Parlament. Ich finde, dass das Parlament nicht so sehr die Aufgabe hat, sich zu bedanken; ich bedanke mich im Namen der beiden Koalitionsfraktionen bei der Bundeskanzlerin, beim Bundesfinanzminister, bei der Bundesregierung für die exzellente Arbeit, die schwierigste Arbeit, die bislang geleistet worden ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Das hat dem Land gutgetan und den Interessen der Bürgerinnen und Bürger gedient. Das Instrument ist in der Sache dargestellt worden - wahrscheinlich kann man es nicht oft genug tun -: Es sind weder 26 Milliarden Euro noch 35 Milliarden Euro irgendwohin geflossen; vielmehr geht es um eine **Bürgschaft**, um die Gewährung einer Sicherheit, damit der Kreislauf wieder fließt. Es ist wichtig, zu sagen, dass es darum geht. Man kann nicht ausschließen, dass die Bürgschaft in Anspruch genommen wird. Das ist ein Teil der Wahrheit; das weiß heute keiner. Darum ist es wichtig, den Bürgern zu sagen: Wenn es dazu kommt,

dann ist gewährleistet, dass das Unternehmen mit einem Bilanzwert von 400 Milliarden Euro, das von dieser Bürgschaft profitiert, mit Mann und Maus die Summe zurückzahlen wird, mit allen Vermögenswerten, über das es verfügt; bevor der erste Euro Gewinn erzielt wird, muss jede Schuld und jede Bürgschaft an den Bund zurückgezahlt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Es wird kein Gewinn auf Kosten der öffentlichen Hand erzielt. Ich möchte, so gut wir das jetzt schon können, etwas zu den **Lehren** sagen, die wir daraus ziehen müssen. Ich finde, dass Schnellschüsse nicht das Gebot der Stunde sind; wir müssen aber darüber diskutieren, welche Lehren wir heute schon daraus ziehen können. Was wissen wir schon heute? Dazu können wir einiges sagen.

Als Erstes wird reflexartig gesagt - auch ich werde gleich etwas dazu sagen -, wir brauchen mehr Regulierung. Ja, wir brauchen sie; aber ich nenne das nicht an erster Stelle. Ich warne gleichzeitig vor der Illusion, dass wir mit Regulierung jede nächste Krise, die Entstehung von neuen Krisen und Problemen, verhindern können. Das können wir nicht; denn wir reagieren immer auf das, was wir kennen, nicht auf die nächste Krise. Die Grenzen des Gesetzgebers sollten wir beachten.

Nein, ich möchte Ihnen an allererster Stelle meine persönliche Überzeugung vortragen - ich hoffe, dass sie von manchen geteilt wird -: Diese Krise zeigt an allererster Stelle, dass kein Regelwerk, schon gar nicht die Wirtschaft bestehen kann, wenn die einzelnen wirtschaftlichen Akteure glauben, frei von moralischer Bindung, frei von **unternehmerischer Ethik**, ohne gesamtgesellschaftliches Verantwortungsgefühl agieren zu können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dort fängt es an. Der Staat kann durch Regulierung nie ersetzen, was von verantwortlichen Wirtschaftsakteuren an moralischer Selbstverpflichtung nicht mehr empfunden wird. Nach unserer Überzeugung gehört der Vorrang der ethischen Dimension unmittelbar und originär zur Marktwirtschaft, und zwar an allererster Stelle. Nach christdemokratischer und christlich-sozialer Vorstellung ist Wirtschaft keine moralfreie Zone.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Sozialisten und Populisten werden nicht in der Lage sein, die Marktwirtschaft zu diskreditieren. Eine Lehre dieser Krise ist folgende: Wenn es jemand schafft, den Markt zu diskreditieren, dann sind das die verantwortungslosen Akteure des Marktes selbst. Sie allein können so etwas bewirken.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Daher würde ich mich freuen, wenn in Deutschland in dieser Situation vonseiten der Wirtschaft bald ein Wort zur ethischen Gebundenheit wirtschaftlicher unternehmerischer Tätigkeit zu hören wäre. Die Uhr läuft auch dort. Ich glaube, dass an dieser Stelle ein solches Wort fällig ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Eine weitere Lehre ist, dass diese Krise etwas über die **Systemfrage** aussagt. Der Sozialismus ist passé; das haben wir in Deutschland und auch darüber hinaus erfahren. Diese Variante stellt sich nicht mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Krise zeigt: Liberale Marktgläubigkeit ist ebenfalls passé.

(Beifall bei der SPD)

Die Krise zeigt, dass die soziale Marktwirtschaft, die zu den elementaren geistigen Grundlagen der CDU/CSU gehört, aktueller ist als je zuvor in diesem Land.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Soziale Marktwirtschaft bedeutet Markt. Die Lehre aus dieser Krise ist nicht, den Markt abzuschaffen. Das ist eine geradezu dumme These, die, außer in Ihren Ideologiebüchern, nirgendwo mehr vertreten wird.

Die Lehre ist, den Markt zu ordnen. Wir sind nicht nur für den Markt, weil die Erfahrung zeigt, dass er effizienter ist und besser funktioniert; das trifft zwar zu, ist aber nicht alles. Wir sind für den Markt als Werteordnung. Wir sind für die soziale Marktwirtschaft, weil sie dem

Freiheitsrecht und der Verantwortungspflicht des Einzelnen als Werteordnung am Besten gerecht wird.

Aus dieser Erkenntnis in Bezug auf die Systemfrage ergibt sich unmittelbar eine politische Konsequenz als das Gebot dieser Stunde: Diese Vorstellung von sozialer Ordnung der Marktwirtschaft muss international durchgesetzt werden. Das ist kein neuer Imperialismus. Die Welt hat jetzt die Chance, das System und den gerechten Ausgleich, von dem unser Land und unsere Menschen profitiert haben, weltweit durchzusetzen. Das ist die Aufgabe der Stunde.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch ein doppelter Rittberger!)

Darüber sollten wir uns freuen. Es ist so etwas wie die Rückkehr der Politik in die **Gestaltung der Globalisierung**. Das ist eine große Aufgabe.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es ist außerdem eine aktuelle Legitimation Europas. Deutschland wird es nicht alleine schaffen. Europa aber kann es schaffen. Wenn man sich anschaut, was wir vielleicht versäumt haben, komme ich zu dem Schluss: Wir haben die originär europäische Kulturvorstellung nicht heftig genug vertreten.

(Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie reden wie Westerwelle!)

Die Bundeskanzlerin hat es in Heiligendamm getan und versucht, sie durchzusetzen. Die europäische Stimme hätte in der Vergangenheit stärker werden können. In Zukunft muss sie stärker werden - für eine gerechte Ordnung der Weltwirtschaft.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das müssen wir leisten, und zwar mit allem, was dazugehört: Transparenz, Eigenkapital, Rating und Risikomanagement. All das gehört dazu. Das ist die Ordnung von Wirtschaft, die wir brauchen. Ich möchte eine letzte Bemerkung zum Thema **unternehmerisches Risiko und staatliche Regulierung** machen. Auch hier gilt, dass wir in Bezug auf die Konsequenzen das Maß bewahren sollten.

(Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah! Jetzt geht es wieder rückwärts!)

Ich bin der festen Überzeugung, dass Risikobereitschaft zum Unternehmertum dazugehört. Es ist nicht die Aufgabe des Staates, eine Ex-post-Kontrolle über unternehmerische Risikoentscheidungen allgemein durchzuführen; das ist meine feste Überzeugung.

Ich bin aber auch der Meinung, dass wir es hier nicht nur mit unternehmerischen Entscheidungen privaten Charakters zu tun haben. Friedhelm Hengsbach hat gesagt - er hat es als Warnung an die Finanzakteure und -experten verstanden -: Die Stabilität und Funktionsfähigkeit des Finanzmarktes sind öffentliches Gut. - Durch das verantwortungslose Verhalten bestimmter Akteure in Amerika und Europa ist öffentlicher Schaden entstanden. In den Fällen, in denen es nicht um den Schaden einer Gesellschaft geht, sondern in denen unserer Gesellschaft und unserem Staat Schaden zugefügt wird, haben wir ein unzulängliches Haftungsregime. Bislang stellen wir nämlich nur auf die gesellschaftsrechtliche Haftung ab. Hier braucht es öffentlich-rechtliche Schadenersatzansprüche. Wenn öffentliche Güter fundamentaler Art gefährdet oder beschädigt werden, was wir jetzt erleben - es kann zum Kollaps kommen -, dann sind auch strafrechtliche Sanktionen an der Tagesordnung. Die braucht es auch.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir brauchen eine Verbesserung der unternehmensinternen Aufsicht. Die Bundeskanzlerin hat die Staatsaufsicht zu Recht angesprochen. Das Thema Aufsichtsräte bzw. unternehmensinterne Kontrolle gehört aber auch auf die Tagesordnung der Politik. Hier gibt es Handlungsbedarf.

Ich will das Gesagte in einem Appell zusammenfassen, der die allermeisten hier verbinden sollte: Wir machen zurzeit bittere Erfahrungen. Das Ende und die Dimension der Erfahrungen und des Schadens sind noch nicht absehbar. Wir müssen das bewältigen, die Gefahren in den Griff kriegen, bannen und meiden. Nutzen wir als gewählte Politiker dieses Landes diese Krise aber auch dazu, eine Kultur des Maßes und eine soziale Ordnung der Wirtschaft durchzusetzen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion jedenfalls wird an diesem Werk mitarbeiten und ist entschlossen, hieraus die Lehren zu ziehen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei der SPD)